

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckersfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 117

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig. Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Freitag, den 21. Mai

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1926

Regierungserklärung durch Reichsfinanzminister Marx.

Vertagung des Reichstages bis 7. Juni

Das neue Kabinett im Reichstag.

In der zweiten Mittwochsitzung des Reichstages stand die Entgegennahme der Erklärung der Reichsregierung als einziger Punkt auf der Tagesordnung. Präsident Lobe erteilte sofort dem Reichsfinanzminister Dr. Marx das Wort, der folgende Erklärung verliest:

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volksvertretung tritt, steht sich mit Ausnahme des Kanzlers aus denselben Männern zusammen wie das Kabinett Luther. Reichsfinanzminister Dr. Luther ist aus unserer Mitte geschieden. Über drei Jahre hat er seine ganze außergewöhnliche Kraft in den Dienst des Reiches und des Volkes gestellt. Zunächst als Ernährungsminister, dann als Finanzminister und seit Januar 1925 als Reichsfinanzminister hat er bei außerordentlichen bedeutungsvollen Ereignissen auf die äußere und innere Gestaltung Deutschlands entscheidend eingewirkt. Seine Kanzlerschaft wird ihren Wert in der Entwicklung der Geschichte behalten; Wertsteine seiner erfolgreichen Tätigkeit sind London und Locarno, wo unter seiner richtunggebenden Anteilnahme Verhandlungen stattfanden, die zur Sicherung des Völkerfriedens, zur politischen und wirtschaftlichen Förderung Deutschlands ein gutes Stück Weges weitergeführt haben. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, auch an dieser Stelle warmste Anerkennung der aufopfernden, selbstlosen und unermüdblichen Tätigkeit des Reichsfinanzministers Dr. Luther zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, mit der Meinung vieler Kreise dieses hohen Hauses übereinzustimmen, wenn ich annehme, daß bei der Zusammenfassung des neuen Kabinetts eine eingehende und umfassende Regierungserklärung nicht erforderlich erscheint. Deshalb darf ich mich auf wenige Worte beschränken. Das Kabinett wird die

bewährte Außenpolitik des Reiches weiterführen.

Diese Politik, die mit der Regelung der Reparationsfragen in London begann, sollte ihren Abschluß in den Verträgen von Locarno finden. Wir hoffen, daß die Verhandlungen der Studienkommission in Genf dazu führen werden, die Locarnoverträge bald endgültig in Kraft zu setzen und Deutschland die Möglichkeit zu geben, als ständiges Mitglied des Völkerbundes an dessen großen Aufgaben mitzuwirken. Der zwischen Deutschland und der Sowjetregierung geschlossene Vertrag fügt sich durchaus in diese Politik ein. Es ist ein Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinem großen östlichen Nachbarvolke und ein weiteres Glied in der Reihe der Verträge, die dem Frieden und der Festigung Europas dienen sollen. Obwohl keine verfassungsmäßige Verpflichtung hierfür besteht, wird der Vertrag angeßichts seiner Bedeutung demnächst dem Reichstag vorgelegt werden.

Schwere wirtschaftliche Not.

die sich insbesondere in der langdauernden und außerordentlich umfangreichen Arbeitslosigkeit äußert, lagert nach wie vor auf weiten Kreisen des deutschen Volkes. Hier Abhilfe zu schaffen, wird auch von der gegenwärtigen Regierung als vornehmste Pflicht betrachtet. Wenn ich nicht auf die Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen Wirtschaftskreise eingehen, so soll das nicht eine Geringschätzung derselben sein. Wir werden ihnen bis an die Grenze des möglichen entgegenzukommen stets bestrebt bleiben. Zwei Fragen allerdings erfordern nach meiner Meinung eine besondere Erwähnung. Der Grund liegt in den Ereignissen der letzten Wochen. Ich weise zunächst auf den von der Mehrheit des Reichstages gefassten Beschluß hin, der das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten zur

Flaggenfrage

begrüßt und im Einklang mit diesem Schreiben den Wunsch nach Herbeiführung einer Einigung zum lebendigen Ausdruck bringt. Die Reichsregierung wird mit ganzer Kraft daran gehen, die Wege, die das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten andeutet, einzuschlagen und das durch jenes Schreiben gesteckte Ziel zu erreichen. Selbstredend wird hierdurch Bestand und Durchführung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. Mai dieses Jahres, deren Rechtsgültigkeit nicht bezweifelt werden kann, in keiner Weise berührt. Ferner möchte ich die Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den damals regierenden Fürstentümern nicht unerwähnt lassen. Der Termin zum

Volksentscheid

ist auf den 20. Juni anberaumt worden. Die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dem den Volksentscheid unterbreiteten Gesetzentwurf über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten erleidet durch die Umbildung des Kabinetts keine Änderung. Die Reichsregierung wird deshalb auch den Gesetzentwurf, den die frühere Regierung gemäß einem Kompromißantrag der Regierungsparteien dem Reichsrat unterbreitet und den dieser in voriger Woche mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen hat, dem Reichstag zur weiteren Beratung zuleiten. Die Reichsregierung bittet den Reichstag um seine Unterstützung in ihrem Bestreben, auf der Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung das Wohlergehen des deutschen Volkes in allen seinen Teilen zu fördern und die Einheit des Reiches und unter gleich-

zeitiger Wahrung der Rechte der Länder zu schützen. Nur in engstem verständnisvollem Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung ist das erstrebte Ziel zu erreichen.

Die Erklärung wurde in ihrem ersten Teil von den Abgeordneten ohne besondere Kundgebungen aufgenommen. Bei den Dankesworten an den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Luther kam aus den Reihen der Deutschen Volkspartei lebhafter Beifall. Mit lauten Hört, hört!-Rufen der Kommunisten wurde die Erklärung aufgenommen, daß die Flaggenverordnung unverändert bestehen bleibt. Am Schluß der Erklärung kamen Beifallsrufe aus den Reihen der Regierungsparteien.

Aussprache zur Regierungserklärung.

(205. Sitzung.)

CB. Berlin, 19. Mai.

Nach der Verlesung der Regierungserklärung nahm als erster Redner das Wort Abg. Müller-Franken (Soz.). Er führte aus: Dr. Luther sei zweifellos eine starke Persönlichkeit gewesen. Wenn er dennoch gescheitert sei, so hätte es daran gelegen, daß er die notwendige Fühlung mit dem Parlament nicht aufrechterhalten habe. Für alle guten Patrioten sei es erfreulich, daß die Flaggenfrage, die Frage des Symbols des Reiches, das ganze Volk so stark erregt habe. Bei der Bildung des neuen Kabinetts seien die Parteiführer nicht gefragt worden. Eine Mehrheit für die Regierung werde solange unmöglich sein, wie die Deutsche Volkspartei trotz aller platonischen Liebeserklärungen für die Große Koalition immer nur den Anschluß nach rechts suche. Seine Partei sei durchaus einverstanden mit der Erklärung, daß die Regierung die bewährte Linie der Außenpolitik weiter einhalten wolle. Sie wünsche den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch im Interesse einer schnelleren Durchführung der Rückwirkungen im besetzten Gebiet. (Abg. Graf Reventlow, völk., machte verschiedene Zwischenrufe, die der Redner zurückwies. Als der Graf darauf „Lüge“ rief, erhielt er einen Ordnungsruf.) In der Flaggenfrage könnten die Sozialdemokraten sich nicht mit der Ankündigung des Ausschusses begnügen, der unter Hinzuziehung aller möglichen Verbände und von Historikern und Heraldikern Normung und Typisierung der Flaggen vornehmen wolle. Die Sozialdemokratische Partei würde einen Initiativentwurf einbringen, der bestimmt, wie gestaltet werden solle. Die Gerüchte von einem Linkspunkt seien lächerlich und würden nur verbreitet, um den Rechtsputschisten das Handwerk zu erleichtern. Für die Kommunisten sei die Zeit der Putzsch vorbei, weil ihre revolutionäre Kampftruppe gebrochen sei. Die Vorbereitungen bei der Rechten seien durchaus ernst zu nehmen. Seine Freunde müßten vor allem von der Reichsregierung Aufklärung darüber verlangen, ob tatsächlich eine Verbindung zwischen

Reichswehrstellen

und rechtsputschistischen Verbänden bestände. Mit dem Bescheidnis der Regierungserklärung zur Weimarer Verfassung sei die Sozialdemokratie selbstverständlich einverstanden. Sie würde Mißtrauensanträge gegen die Regierung ablehnen und die Regierung unterstützen, solange sie eine Politik verfolge, die mit dem Gedanken der Völkerverständigung und mit dem allgemeinen Wohl vereinbar sei.

Die Rekrutierung der Reichswehr.

Reichsinnenminister Dr. Kütz

gibt auf die Bemerkungen des Vorredners über die angeblichen Beziehungen der Reichswehr folgende Erklärung ab: Nach den Presseberichten über die Verhandlungen im Preussischen Landtag soll zwischen dem Nationalverband Deutscher Offiziere und den Sportverbänden eine Führerbefprechung stattgefunden haben. In einem Teil der Presse ist das so dargestellt worden, als ob zwischen der Reichswehr und dem Nationalverband sowie den Sportverbänden eine Führerbefprechung stattgefunden habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß zwischen dem Nationalverband Deutscher Offiziere und der Reichswehr Verbindungen nicht beständen. Verbindung mit politischen Verbänden ist streng verboten; wenn dagegen verstoßen wird, wird eingeschritten. — Weiter soll ein Major von Zedlitz-Wartenberg bei der Reichswehr angestellt und für Berlin Mittelsmann zwischen Verbänden und Reichswehr sein. Einen Major von Zedlitz-Wartenberg gibt es bei der Reichswehr nicht.

Es wird behauptet, daß vor Einstellung in die Truppe das Vorlegen von Mitgliedsbüchern von bestimmten politischen Verbänden verlangt worden sei. Zu meinem Bedauern habe ich feststellen müssen, daß in vereinzelten Fällen vor Einstellung von jungen Leuten in die Reichswehr von den betreffenden Truppenteilen bei Oberst v. Lüd angefragt worden ist (Hört, hört! bei den Kommunisten), ob der Betreffende sich in jeder Beziehung für die Reichswehr eigne. Oberst v. Lüd war als Führer der Olympia bekannt. Die Olympia ist ein Verband im Sinne des § 36 des Wehrgesetzes. Die Anfrage bei Oberst v. Lüd war unzulässig und verstoß gegen die bestehenden Vorschriften. Im Interesse der Disziplin wird in diesen Fällen rücksichtslos eingeschritten werden.

Schließlich ist noch der Aufmarsch des Sportvereins Olympia am 1. Mai in die Erörterung gezogen worden, bei dem der Presse nahegelegt worden sei, die Anwesenheit der Reichswehroffiziere nicht zu erwähnen. Von der Reichswehr ist eine derartige Aufforderung an die Presse nicht ergangen. Wohl aber ist ausdrücklich nochmals ein Verbot der Teilnahme ergangen. Eine Teilnahme von Reichswehroffizieren ist nicht erfolgt. Im übrigen wird das Reichswehrministerium, falls ihm das Material unterbreitet wird, gründliche Untersuchung der Fälle eintreten lassen.

Der deutschnationalen Führer Graf Westarp

erklärt: Das neue Kabinett zeigt alle Kennzeichen eines provisorischen Minderheitskabinetts, das auf die Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen ist und den Übergang bilden will zu einer Regierung, der auch die Sozialdemo-

kraten angehören. An der Regierungserklärung war das Wichtigste, was verschwiegen wurde. Wir hörten kein Wort über die Gefahren der

bolshewistisch-revolutionären Bewegung,

über den unerhörten revolutionären Standal des Potemkin-Films. In der Außenpolitik muß festgestellt werden, daß die Dr. Luther in Genf gegebenen Zusagen nicht gehalten worden sind. In Genf war zugesagt worden, daß die Rückwirkungen im besetzten Gebiet so in Kraft treten sollten, als wenn Deutschland schon im Völkerbund wäre. Davon ist aber nichts zu spüren. Wir können eine Regierungspolitik nicht unterstützen, die den sozialdemokratischen Forderungen nach besitzfeindlichen Steuern entgegenkommt. Wir verlangen vielmehr eine Entlastung der Produktion. In der Flaggenfrage entspricht die Regierungserklärung im allgemeinen unserer Auffassung. Wir erwarten auch, daß die Regierung ihren früheren Erklärungen entsprechend beim Volksentscheid sich gegen den Fürstenraub wenden wird. Andererseits können wir eine Regierungspolitik, die auf die Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen ist, nicht unterstützen. In den Fällen, wo die Sozialdemokraten sich der Regierung versagen, dürfen sie nicht damit rechnen, daß seine Partei besondere einspringe. Die Mittelparteien, besonders das Zentrum, müßten endlich einsehen, daß nur ohne und gegen die Sozialdemokraten, nicht aber gegen die Deutschnationalen und die hinter ihnen stehenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte regiert und dem Vaterlande vorwärtsgeholfen werden könne.

Abg. v. Guérard (Ztr.) verlas eine kurze Erklärung, in der die Zentrumsfraktion der neuen Regierung ihre Unterstützung zusagt und ihr das Vertrauen ausdrückt.

Erklärungen der Regierungsparteien.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) gab eine ebenso kurze Vertrauensklärung der Deutschen Volkspartei für die Regierung ab mit besonderer Betonung der Willensklärung der Regierung zur Durchführung der Flaggenverordnung.

Abg. Schneller (Komm.) sagte dem neuen Kabinett den gleichen Kampf an, den die Kommunisten gegen das bisherige Kabinett Luther geführt hätten.

Demokratische Stellungnahme.

Abg. Haas (Dem.) erklärte, daß die demokratische Fraktion die Erklärung des Reichsfinanzministers als eine geeignete Grundlage zur Fortführung der Geschäfte betrachte und der Regierung deshalb ihr Vertrauen ausdrückt. Sie sei zwar überzeugt, daß der Erlaß der Flaggenverordnung das Ansehen des Reiches schädige und den Streitstoff im Volke vermehre, sie hoffe aber, daß die Verhandlungen über die Schaffung einer deutschen Einheitsflagge Erfolg hätten.

Von den Kommunisten ist inzwischen folgender Mißtrauensantrag eingegangen: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

Abg. Leicht (Bayer. Vp.) erkannte die Verdienste des früheren Kanzlers Dr. Luther an und sprach der neuen Regierung als der Fortsetzung der früheren das Vertrauen der Bayerischen Volkspartei aus.

Abg. v. Gräfe (Völk.) begründete seinen Antrag, der der Regierung aus Gründen der Innen- und Außenpolitik das Mißtrauen ausdrückt. Damit schloß die Aussprache.

Billigungsvotum und Vertagung.

Ein Antrag der Kommunisten auf namentliche Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde nur von den Kommunisten und Völkischen, also nicht ausreichend unterstützt.

In einfacher Abstimmung wurde darauf der Antrag des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angenommen: „Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und geht über alle Anträge zur Tagesordnung über.“ Gegen den Antrag stimmten die Völkischen und die Kommunisten, während die Deutschnationalen sich der Stimme enthielten. — Darauf vertagte sich der Reichstag auf den 7. Juni d. Js.

1,5 Millionen für das Volksbegehren.

Vor der Regierungserklärung stand die zweite Beratung eines Nachtrags-Etats für 1925 auf der Tagesordnung. Darin sind u. a. 1½ Millionen eingestellt für die Kosten der Durchführung des Volksbegehrens.

Abg. Neubauer (Komm.) machte dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold den Vorwurf, daß er früher die Finanzlage zu ungünstig geschildert habe. Der überschüssige von 200 Millionen beweise dies. Dieser überschüssige sei herausgewirtschaftet worden durch die ungenügende Unterstützung der Erwerbslosen und der Sozialrentner. Dafür habe man die Vermögenslosen und die Schwerindustrie subventioniert.

Ohne weitere Aussprache wurde der Nachtragsetat nach dem Beschluß des Ausschusses angenommen.

Recht vor Gewalt?

Von einem Politiker wird uns geschrieben:

Überraschenderweise ist es nun doch zu jener Konferenz gekommen, die die Rüstungsfragen oder vielmehr die Abrüstungsfragen behandeln soll; man weiß nämlich nicht ganz genau, welches von beiden Dingen nun eigentlich besprochen werden wird. Denn schon die Erklärungen des englischen Vertreters auf dieser neuesten Genfer Konferenz bezeugen, daß England vor allem hinsichtlich der U-Boote, der Schlachtkreuzer und der Luftwaffe eine Rüstungsbeschränkung vorschlägt, in diesen Dingen auch seinerseits zu einer Abrüstung gern bereit sei. — Man kann das verstehen, denn in diesen Punkten weist die englische Rüstung Frankreich gegenüber gewaltige Lücken auf; und England legt daher Gewicht darauf, diese Vorzüge der französischen Rüstung beseitigen zu helfen.

Deutschlands Standpunkt ist natürlich sehr klar. Graf Bernstorff, der noch im Kriege unser Botschafter in Washington war, hat auf der Konferenz in Genf darauf hingewiesen, daß wir aus sittlichen Gründen für die Zukunft jeden Krieg verhindern wollen. Auch aus politischen Gründen seien wir gegen übertriebene Rüstung

Zündschnur zur Explosion. Durch die Sprengwirkung wurde der Kopf des Mannes vollständig zerrissen.

○ Strafe für einen waghalsigen Flug. Der tschechoslowakische Flieger Brel hatte vor einigen Tagen einen waghalsigen Flug durch einen Bogen einer Prager Mostbrücke ausgeführt. Für dieses Kunststück ist er jetzt mit 30 Tagen Arrest und Strafverweisung in eine Provinzgarnison bestraft worden, da er zu dem Flug seinen Auftrag hatte.

○ Ein Knabe von einem Bären zerfleischt. In Bern fuhr ein junger Mann, der die Herrschaft über sein Fahrrad verloren hatte, gegen die Mauer des Bärengeheges und stürzte in den Graben hinunter. Fast gleichzeitig stürzte ein zehnjähriger Knabe in den Graben. Während dem ersten, den die Bären unbeschädigt ließen, ein Seil zugeworfen werden konnte, an dem er aus dem Graben kletterte, stürzten sich die Bären auf den Knaben, der eine blutende Wunde erhalten hatte. Die Tiere rissen dem Knaben eine Schulter weg und den Bauch auf, so daß die Eingeweide blühten. Dem Bärenwärter gelang es schließlich unter Lebensgefahr, den Knaben zu befreien, der in hoffnungslosem Zustande ins Spital gebracht wurde.

○ Betriebseinschränkung der englischen Eisenbahnen. Wegen der Fortdauer der Kohlenkrise sehen sich die englischen Eisenbahnen mit Rücksicht auf ihre geringen Kohlenbestände genötigt, eine Betriebseinschränkung vorzunehmen. In einzelnen Fällen fallen nicht weniger als die Hälfte der Züge aus. Aus Sheffield wird berichtet, daß die Sheffielder Klein- und Messerwarenindustrie die Arbeit erst nach Beendigung der Kohlenkrise in vollem Umfange wieder aufnehmen kann.

○ Die „Morge“ stark beschädigt. Aus Teller in Alaska wird gemeldet, daß die „Morge“ nach der Landung erheblichen Schaden erlitt, da nur wenige Männer aus der bloß 75 Einwohner zählenden Siedlung zu Hilfe eiften und nicht verhindern konnten, daß das Luftschiff, nachdem es vom Gas halb entleert worden war, hin- und herklug. Zahlreiche große Träger waren verbogen und geknickt. An das Luftschiff wurde eine Wache gestellt, um die Einwohner davon abzuhalten, sich allenthalben „Anbenten“ zu holen. Wie von der Maybach-Motoren-Gesellschaft mitgeteilt wird, sind die Motoren der „Morge“ deutsches Fabrikat. Das Luftschiff besitzt drei Maybach-Motoren von je 260 Pferdestärken. Es sind dies Luftschiffmotoren, wie sie für die deutschen Luftschiffe während des Krieges verwendet wurden. Für den M. III wurden, wie erinnerlich, jedoch besondere Motoren gebaut, mit einer Stärke von 420 Pferdestärken.

Kleine Nachrichten.

Die Ermordung des Studenten Bauer.

Berlin. Im Gemeinderatsausschuß des Reichstages wurde als Zeuge Max Stübgen über den Fall Bauer vernommen. Die betreffenden Vorgänge ereigneten sich bekanntlich in München. Zwegauer habe ihm erzählt, er sei mit Bauer nach der Hof gefahren, er habe ihm seinen Berrat vorgehalten und ihn niedergeschossen. Bauer selbst hat sich mit seiner Tötung einverstanden erklärt. Der Vorsitzende fragte den Zeugen, ob er Berrat an der Organisation als Landesberrat auftrage. Der Zeuge bejahte das.

Die Geltung der Höchsthöhe in der Erwerbslosenfürsorge verlängert.

Berlin. Der Reichsarbeitsminister hat entsprechend einem Beschluß des Reichstages die zurzeit geltenden Höchsthöhe in der Erwerbslosenfürsorge bis zum 3. Juli 1926 verlängert.

Amtsüberlegung des Pastors Münchmeyer.

Borkum. Pastor Münchmeyer hat, wie verlautet, nach Abschluß des Strafverfahrens gegen Dr. Böcklein und Genossen freiwillig auf sein Amt verzichtet. Das Landeskirchenamt hat diesen Verzicht angenommen.

Börse und Handel.

Antliche Berliner Notierungen vom 19. Mai.

* Börsenbericht. Unter Führung einer Reihe Spezialwerte, insbesondere der Farbenindustrie, nahm die Börse einen festen Verlauf bei lebhafter Geschäftstätigkeit. Stimuliert wurde auch der eben veröffentlichte Monatsbericht der Deutschen Bank, auch das Gerücht von einer bevorstehenden weiteren Diskontomäßigung der Reichsbank wirkte anregend. Unsicher war dagegen die Haltung am Markt der inländischen Anleihen. Der Geldmarkt ist unverändert flüssig, tägliches Geld 4-6 %, monatliches Geld 5,50-6,50 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19-4,21; engl. Pfund 20,40-20,45; holl. Gulden 163,74-169,16; Danz. 80,90 bis 81,10; franz. Frank 11,98-12,02; belg. 12,25-12,29; schweiz. 81,14-81,34; Italien 16,18-16,22; schwed. Krone 112,26-112,54; dän. 110,21-110,49; norweg. 91,09 bis 91,31; tschech. 12,41-12,45; österr. Schilling 59,25 bis 59,39; poln. Zloty (nicht amtlich) 35,66-35,84.

* Produktbörse. Nach den vorläufigen Abmachungen bezüglich des deutsch-schwedischen Handelsvertrages soll, falls der Reichstag die Genehmigung gibt, der Zoll für Roggen und Hafer 6 M., für Weizen 6,50 M., für Gerste 5 M. betragen. Bei dem bestehenden Prinzip der Meistbegünstigung wird es von den Verbandsstaaten mit anderen Staaten ab-

hängen, ob diesen gegenüber nicht ein etwas niedrigerer Satz verabreicht wird, was dann auch Schweden gegenüber den Zoll entsprechend ändern würde. Jedenfalls ist aus der Abmachung mit Schweden zu ersehen, daß die Zölle gegenüber den jetzigen ermäßigten Sätzen höher werden sollen, als von mancher Seite angenommen worden war, und das hat Kauf- und Deckungsbegehre für Weizen wie Roggen, und zwar hauptsächlich für spätere Lieferung, preissteigernd in den Markt geführt. Hafer vom Inlande hoch gehalten, doch sind die Forderungen schwer durchzusetzen. Mehl blieb still.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

Weiz., märk.	19. 5.	18. 5.	Weizfl. i. Brl.	19. 5.	18. 5.
pommersch.	—	—	10.6-10.7	10.6-10.7	10.6-10.7
Magd., märk.	175-180	175-180	Rogfl. i. Brl.	11.5-11.8	11.5-11.8
pommersch.	—	—	Raps	—	—
westpreuß.	—	—	Leinlaas	—	—
Braugerste	187-200	189-202	Witt.-Erbsen	32-40	31-39
Futtergerste	169-182	171-184	fl. Speiseerbs.	25-26	25-26
Hafer, märk.	197-208	197-208	Futtererbsen	20-25	20-25
pommersch.	—	—	Buckweizen	20-23	22-23
westpreuß.	—	—	Ackerbohnen	22-24	22-24
Weizenmehl	p. 100 kg fr.	—	Wicken	28-30	28-30
Wln. br. infl.	—	—	Lupin., blaue	12.0-12.7	12-12.7
Sad. (feinst)	—	—	Lupin., gelbe	14.7-15.7	14.7-15.7
M. u. R. Rot.	36.5-39.2	36.5-39.2	Teraballa	37-40	34-38
Roggenmehl	p. 100 kg fr.	—	Maisschrot	13.9-14.0	13.7-14
Berlin br.	—	—	Leinfuchsen	18-18.2	18.0-18.2
infl. Sad	24.7-26.5	24.7-26.2	Trockenschl.	9.8-10.2	9.8-10.1
			Sohn-Schrot	19.4-19.5	19.2-19.5
			Torschl. 30/70	—	—
			Antioffschl.	16.0-16.3	16.0-16.3

* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: 2741 Rinder, darunter 685 Bullen, 594 Ochsen, 1462 Kühe und Färken, 5678 Kälber, 5230 Schafe, 13 421 Schweine, 25 Ziegen, 701 Auslandschweine. Verkauf: Bei allen rubig. Preise. Für ein Pfund Lebendgewicht in Pf.: Ochsen a) vollfleischig, ausgemästete 55-58, b) vollfleischig, ausgemästete im Alter von 4-7 Jahren 50 bis 53, c) junge fleischig, nicht ausgemästete 46-48, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 42-45; Bullen a) 51-54, b) 48-50, c) 43-47; Kühe und Färken a) 52-55, b) 42-47, c) 33-40, d) 27-30, e) 20-24; Fresser 38-45; Kälber a) —, b) 72-80, c) 63-70, d) 53-60, e) 48-50; Schafe a) 57-61, b) 42-50, c) 28-38; Schweine a) —, b) 74, c) 73 bis 75, d) 71-73, e) 68-70; Sauen 65-68; Ziegen 20-25.

* Magerviehmarkt. Schweine- und Ferkelmarkt. Auftrieb: 365 Schweine, 405 Ferkel. Verkauf: Flottes Geschäft bei festen Preisen. Es wurden gezahlt im Großhandel für: Käufer Schweine, 7-8 Monate alt 85-105, 5-6 Monate alt 65-85; Ferkel, 3-4 Monate alt 46-65; Ferkel, 9-13 Wochen alt 40 bis 46, 6-8 Wochen alt 35-40 Reichsmark per Stück.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Erwin Rosenstock
Emmy Rosenstock

geb. Hornmankhaus

Vermählte.

Halver, den 21. Mai 1926.

Nachruf!



Heute abend entschlief sanft unser Ehrenmitglied, Mitbegründer unserer Wehr und ehemaliger 2. Hauptmann, unser lieber Kamerad

Gustav Nachtrodt
in Jubach b. Vollme

im Alter von 65 Jahren.

Durch treue Pflichterfüllung während seiner 40jährigen Mitgliedschaft hat der Verstorbene sich bei uns ein bleibendes, ehrendes Andenken gesichert.

Er ruhe in Frieden.

Vollme, den 17. Mai 1926.

Freiwillige Feuerwehr Vollme.

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgang unseres lieben Entschlafenen sprechen wir allen Beteiligten unsern innigsten Dank aus.

Frau Aenne Bürger
und Kinder.

Halver, den 20. Mai 1926.

Zwangsversteigerung.

Sonnabend, den 22. d. Mts. von 10 Uhr vorm. ab werde ich in Halver, Frankfurterstr. 16, früher Gasthof zum Adler

einen größeren Posten Kolonialwaren, Gemüskonserven n. Fischmarinaden.

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Der Verkauf findet voraussichtlich bestimmt statt.

Langner,

Obergerichtsvollzieher in Lüdenscheid.

Trauerdruckfachen liefert schnellstens: Wilh. Bell jr., Halver

Ihre Tapete ist hässlich

Sie ist verblichen und schadhast weil sie schon viel zu lange an der Wand hängt. Inflation und Geldknappheit ließen das Neutapetieren nicht zu.



Sie können aber heute wieder die Rolle

VON 15 Pfg.
an eine neue
TAPETE

kaufen und Ihr Heim erneuern. Sie bringen Freude u. neue Gemütlichkeit damit in die Räume.

Besichtigen Sie ohne Kaufzwang mein großes Lager.

Tapetenhaus „HANS A“

Inh. Max Müller,
Lüdenscheld, Knapperstraße.
3 Minuten vom Bahnhof.

Auswärtige Käufer erhalten Fahrtschädigung bis zu 10 % des Kaufbetrages.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft **Herm. Steller & Söhne** in Halver ist heute 4 Uhr nachmittags der Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist der Rechtsanwalt Dr. Weber in Lüdenscheid. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 10. Juni 1926. Anmeldefrist bis zum 16. Juni 1926. Erste Gläubigerversammlung am 14. Juni 1926 vormittags 10 Uhr im hiesigen Amtsgericht Zimmer 87. Prüfungstermin am 16. August 1926, vormittags 11 1/2 Uhr daselbst.

Lüdenscheld, den 17. Mai 1926.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Geschäftsaufsicht.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Ernst Alte** in Halver ist heute die Geschäftsaufsicht angeordnet. Aufsichtsperson ist der Sparkassendirektor a. D. Max Theimert in Halver.

Lüdenscheld, den 18. Mai 1926.

Das Amtsgericht.



Beim Einkauf
vergessen Sie nie
Kannegiesser's
Kaffee

in 1/2 Pfd. Pak. aus der
Kaffee-Gross-Rösterei
Robert Kannegiesser,
Barmen
Gegr. 1844

Kaiser, Halver

Fachphotograph

liefert

Photographien
jeder Art

in bester Ausführung.

Düngemittel.

Auf Lager vorrätig
Thomasmehl
Feingemahlener
Federich-Rainit 15%,
schwefelsaur. Ammoniak
Kalammonsalpeter,
Leumasalpeter,
Amm.-Superphosphat
9x8
Amm.-Superphosphat
5x10 1/2
Knochenmehl
4 1/2 x 22 1/2

E. Zimmermann,
Dhl.-Mönsahl
Fernruf Nr. 11.

Gummi-Bälle

grau und bemalt
zu haben bei
Wilh. Bell jr., Halver.



Sichert sparsamste Verwendung

M.-G.-V. „Eintracht“
Buschhausen.
Chorleiter: Carl Rothstein jr.
Schalkmühle.

Am 2. Pfingstfesttage nachm.
4 Uhr im Saale der Sommerfrische
Buschhausen

Frühjahrs-Konzert

bestehend in
gesanglichen, musikalischen und
theatralischen Darbietungen
mit nachfolgendem **Tanz.**

Um zahlreich. Besuch bittet der Vorstand.

Herzliche Einladung

zur Gründungsfeier des
Evangel. Männer- u. Jünglingsvereins
Kierspe-Bhf.

am 2. Pfingsttage nachm. 2 Uhr im
Cramer'schen Saale.

Festredner: Pfarrer Siegemann, Wiehl.
Chorgesänge, Ansprachen, Demonstrationen werden abwechselnd vorgetragen.
Eintritt frei. Kaffee 0,60 Mk.

Zu dieser Feier ist jedermann herzl. eingeladen.



Gelegenheitskauf!

Solange Vorrat gebe ich

Damen- und Herrenfahräder

zu bedeutend herabgesetzten Preisen ab. Auf Wunsch Zahlungsanleihe. — Ferner steht zum Verkauf ein gut erhalt., fast neues Herrenfahrrad.

Wilh. Diebel, Kierspe-Bhf.

Inferieren bringt Gewinn!



Am Pfingstsonntag
nachmittags 2 Uhr

Schießen.

Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Wegen Aufgabe der
Landwirtschaft haben wir
noch abzugeben:

eine Dreschmaschine,

eine 2spännige Mäh-

maschine,

einen Pflug,

einige Fuhren Stroh.

Gebr. Wippermann,

Halver.

Baumaterialien

wie

Bonner Portland-

Zement,

Ziegelsteine,

Schwemmsteine,

Gaskalk,

Rheinland,

Schlackenand,

Schmierand etc.

empfiehlt

Otto Ohler,

Dhl.-Mönsahl.

Tel. 28 Amt Mönsahl.

Erhalte Samstag, d.

22. Mai eine Sendung

la. Oldenb.

Schweine.

Wilh. Jagbender,

Weinerzhagen.

Telefon 85.

Für Wirte

empfehle:

Biergläser,

Pilsener Henkel

seidel (1/2 Liter)

Walzenseidel,

Harzer Pokale,

Likörgläser,

Weingläser,

Gläserbürsten

u. s. w.

Wilh. Bell jr.

Halver.